

/// Eiszeit zwischen Washington und Teheran

ATOMDEAL MIT DEM IRAN AUF DER KIPPE

HEINZ GÄRTNER /// US-Präsident Donald Trump hat im Mai 2018 entschieden, dass sich die USA aus dem Wiener Nuklearabkommen Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) mit dem Iran zurückziehen. Mit seiner Dämonisierung des Iran hat er das Fundament gelegt, auf dem ein neuer Krieg entstehen könnte. Andere haben mitgebaut und viele haben es versäumt, Trump wirksam daran zu hindern. Der Iran wiederum war nicht in der Lage, selbst kreative Vorschläge zu unterbreiten.

Die derzeitige Lage

Der israelische Ministerpräsident Netanjahu hat seit der Existenz des JCPOA-Abkommens vom Juli 2015 kein gutes Haar daran gelassen. Trump hatte dessen Kritik bereits im Wahlkampf 2016 bereitwillig aufgegriffen und angekündigt, es zerreißen zu wollen, zumal es auch multilateral sei und von seinem Vorgänger Obama verhandelt wurde. Dabei spielte es keine Rolle mehr, dass der Iran die Bestimmungen des Abkommens genau befolgte. Der saudische Kronprinz Salman stimmte in den Chor mit ein. Er sah darin die Chance, Verbündete gegen den ungeliebten Nachbarn zu finden.

Formal bleibt das Abkommen weiterhin bestehen, wenn sich die anderen Unterzeichner außer den USA daran halten. Es ist ein multilaterales Abkommen, des-

sen Existenz nicht von einem Einzelnen abhängig ist. Allerdings haben dabei die USA das größte politische und ökonomische Gewicht. Ein Scheitern des JCPOA könnte nun zu einer Situation wie vor dessen Abschluss führen. Die wirtschaftlichen und politischen Strafmaßnahmen sollten damals das Regime zum Einlenken bewegen. Ein diesmaliger Ausstieg des Iran aus dem Abkommen würde auch wieder die Bedingungen für eine Militärintervention schaffen. Um ein Kriegsszenario zu vermeiden, wird sich der Iran im internationalen System neu positionieren müssen. Die noch von US-Präsident Obama angestrebte Engagement-Politik mit dem Iran dürfte auf lange Zeit gescheitert sein. Das Vertrauen des Iran in die Glaubwürdigkeit und die Vertragstreue der USA ist ebenfalls nachhaltig gestört.



Quelle: Justin Lane / picture alliance / dpa

Dem iranischen Präsidenten Hassan Rohani sollten die Türen für weitere Verhandlungen nicht verschlossen werden.

Der Ausstieg der USA aus dem Nuklearabkommen mit dem Iran ist GEFÄHRLICH.

Die Europäer müssen dem Iran nun in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht Alternativen anbieten. Sie können kein Interesse daran haben, dass der Iran in die Isolation gedrängt wird. Damit Europa bei seinen Bemühungen, das Abkommen zu retten, erfolgreich ist, muss der Iran seinerseits aber diese unterstützen. Erstens kann er z.B. durch verschiedene konkrete Handlungen demonstrieren, dass er im Nuklearprogramm tatsächlich friedlich bleibt. Zweitens sollte der Iran offen dafür sein, die Bedenken bezüglich seines Raketenprogramms zu zerstreuen.

Das Wiener Abkommen

Am 15. Juli 2015 wurde in Wien das Abkommen über die Beschränkung des iranischen Nuklearprogramms von den drei EU-Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland sowie Russland, China und dem Iran unterzeichnet. Das Abkommen wurde im Rahmen der Europäischen Union verhandelt. Die Außenbeauftragte der EU führte den Vorsitz der Gemeinsamen Kommission des umfassenden Aktionsplans. Die Verhandlungen begannen 2003 und ab 2011 führen die USA im Oman geheime Parallelverhandlungen. Im Einleitungsteil des JCPOA wird betont, dass „Irans Nuklearprogramm ausschließlich friedlich sein wird“ und dass „der Iran gewährleistet, dass er unter keinen Um-

ständen jemals Nuklearwaffen anstreben, entwickeln oder erwerben wird“. Das Abkommen geht aber auch über die reine Nuklearfrage hinaus. Die Unterzeichner verbanden damit die Hoffnung, dass die „völlige Umsetzung des JCPOA regional und international zu Frieden und Sicherheit beitragen wird“.

Im Einzelnen werden Beschränkungen zwischen 10 und 35 Jahren festgelegt. Der Grad der Urananreicherung wird auf 3,7 % begrenzt, angereichertes Uran soll um 98 % vernichtet und die Anzahl von Zentrifugen um zwei Drittel reduziert werden. Dazu verfügt das Abkommen über ein umfassendes Verifikations- und Überwachungssystem und mit der Resolution des UN-Sicherheitsrates 2231, die nach Artikel 25 der UN-Charta umgesetzt werden muss, völkerrechtlichen Charakter. Auch bei zeitlicher Beschränkung einzelner Maßnahmen würden das Prinzip des friedlichen Charakters sowie die Verpflichtungen des Atomwaffensperrvertrages, keine Nuklearwaffen zu erwerben, somit weiterhin aufrecht bleiben. Damit verbunden sind auch Inspektionen, die beim Iran durch ein Zusatzprotokoll noch weitergehen.

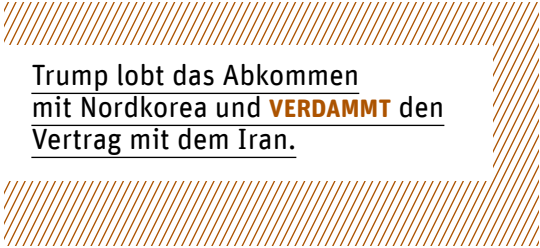
Das Wiener Abkommen verlangt ein **FRIEDLICHES** iranisches Nuklearprogramm.

Der 160 Seiten umfassende JCPOA ist das weitreichendste und am besten ausgehandelte Rüstungskontrollabkommen der Geschichte. Über jeden Punkt

und jedes Komma musste Übereinstimmung gefunden werden. Diese Fakten stehen im Gegensatz zu den Aussagen des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu und von US-Präsident Trump, dass er „der schlechteste Deal aller Zeiten“ sei. Diese Kritik wurde aber teilweise von europäischen Regierungen und Experten übernommen, indem sie argumentierten, dass der Deal ja ohnehin „nicht perfekt“ sei und regionale Aspekte sowie das iranische Raketenprogramm nicht berücksichtige. Dieses Argument sollte Trump und Netanjahu entgegenkommen, ist aber technisch falsch. Das wäre so, als würde man verlangen, dass in das START-Abkommen zwischen den USA und Russland über die Begrenzung von nuklearen Interkontinentalraketen das Verhalten Russlands in Georgien, der Ukraine und Syrien und das der USA im Mittleren Osten miteinbezogen werden sollte. Es gibt kein perfektes, ja kein „perfekteres“ Abkommen. Federica Mogherini versuchte hingegen immer wieder vergeblich, die Mitgliedsstaaten darauf hinzuweisen, dass der Vertrag sui generis einen großen Wert habe. Das Kommuniqué des NATO-Gipfels¹, bei dem auch Donald Trump anwesend war, erwähnt den JCPOA hingegen gar nicht, sondern erinnert nur an die Verpflichtungen des Iran.

Das vom US-Präsidenten viel gepriesene bilaterale Abkommen der USA mit Nordkorea vom 12. Juni 2018 enthält im Gegensatz zum JCPOA keinerlei konkrete Schritte und auch keinen Zeitplan zur Umsetzung der Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel und vor allem keine Verifikationsbestimmungen. Es gibt drei wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Abkommen, die erklären, warum der US-Präsident das eine hoch lobt und das andere

verdammt. Erstens ist der JCPOA multilateral, was ein Konzept ist, das von Trump nicht unterstützt wird. Zweitens wurde der JCPOA von Präsident Obama abgeschlossen, ein Vermächtnis, das sein Nachfolger zerstören will. Drittens hat Trump schon im Wahlkampf versprochen, den JCPOA aufzukündigen zu wollen, wohingegen er schon damals ein Treffen mit Kim Jong-Un befürwortete.



Trump lobt das Abkommen mit Nordkorea und **VERDAMMT** den Vertrag mit dem Iran.

USA und Europa

Die USA haben sich aus dem multilateralen Abkommen im Mai 2018 zurückgezogen, obwohl die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien vielfach bestätigt hatte, dass sich der Iran an die Vereinbarungen gehalten hat. Das brachte die europäischen Unterzeichner des Übereinkommens Großbritannien, Frankreich und Deutschland in Bedrängnis. Einerseits wollen sie im Gegensatz zu Trump Vertragstreue beweisen, andererseits Netanjahu und Trump nicht beleidigen.

Die USA ließen aber schon im Vorfeld keinen Zweifel daran, dass sie das Nuklearabkommen bereits zuvor ignorierten. Es ist schon fast egal, ob der Iran sein heruntergefahrenes Nuklearprogramm wieder hochfährt. Israel drängt die USA wegen Irans Gesamtverhalten auf „Bestrafung“. Weniger als einen Monat nach der Amtseinführung traf Präsident

Trump den israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu das erste Mal im Weißen Haus. Sie kamen überein, Arbeitsgruppen einzusetzen, die Israel helfen sollten, künftige Konflikte mit dem Iran im Libanon und Syrien vorzubereiten. Stimmen innerhalb des US-Sicherheitsestablishments, die davor warnten, dass Israel die USA in eine militärische Konfrontation hineinziehen könnten, wurden von den Iran-Falken beschuldigt, Obama-Loyalisten zu sein. Im März 2018 wurde der Nationale Sicherheitsberater McMaster durch John Bolton, der immer wieder den Regimewechsel im Iran gefordert hatte, ersetzt. Nach dem Rückzug der USA aus der Vereinbarung begannen Bolton und die Iran-Falken Gespräche mit israelischen Finanz- und Geheimdienstexperten über die Erneuerung der Sanktionen, die gegen den Iran verhängt werden sollten. Netanjahu sagte in den privaten Treffen mit US-Vertretern, dass die iranische Regierung schwächer sei als sie erscheine, und dass ein erhöhter Druck zu ihrem Kollaps führen würde.²

Die Nationale Verteidigungs- und Nuklearstrategie der USA vom Februar 2018 setzten die USA und Nordkorea auf die gleiche Stufe, obwohl Nordkorea Nuklearwaffen besitzt und durch kein Abkommen beschränkt ist. Vor allem findet sich darin auch ein Hinweis darauf, dass es den USA gar nicht um das Nuklearabkommen, sondern um Hegemoniekonkurrenz geht: „Iran sieht den Einfluss der USA im Mittleren Osten als die größte Bedrohung für Irans Ziel, selbst eine dominante regionale Macht aufzubauen. Iran ist bestrebt, den Einfluss über die Nachbarstaaten zu erhöhen und den Einfluss der USA zu beschränken. Dieses Ziel bedroht die Verbündeten und Partner direkt, und Irans Verteidigungspolitik und -strategie sowie seine Militär-

Den USA geht es nicht um das Nuklearabkommen mit dem Iran, sondern um **HEGEMONIEKONKURRENZ**.

struktur deuten auf den Versuch hin, militärische Vorteile zu schaffen.“³

US-Außenminister Mike Pompeo legte im Mai 2018 dem Iran eine Liste von 12 Punkten vor, die dieser einhalten müsse, um „den stärksten Sanktionen der Geschichte“ zu entgehen. Er müsse jegliche Urananreicherung einstellen, den Zugang zu allen seinen militärischen Anlagen zulassen, alle seine militärischen Aktivitäten im Mittleren Osten einstellen, das Raketenprogramm beenden sowie alle festgehaltenen US-Bürger freilassen.

Diese Bedingungen waren für den Iran unerfüllbar und auch nicht Teil des Nuklearabkommens. Der Urananreicherungsstopp war für den Iran schon vor dem Abschluss des JCPOA nicht machbar und kein Land der Welt würde alle seine militärischen Anlagen für ausländische Mächte, zumal diese als feindlich eingestuft werden, öffnen. Die Bedingungen erinnern an das Ultimatum, das Österreich vor dem Ersten Weltkrieg 1914 Serbien übermittelte, und so unerfüllbare Forderungen enthielt wie den ungehinderten Zugang von österreichischen Beamten bei der Aufklärung des Attentats auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand und der Verfolgung der politischen Drahtzieher auf dem gesamten serbischen Territorium.

Der Iran stellt mit seinen konventionellen Waffen keine Bedrohung für die

Nachbarstaaten dar. Seine Verteidigungsausgaben betragen 2018 nach einer drastischen Steigerung von 2016 14 Milliarden Dollar, die Militärausgaben der arabischen Staaten liegen bei 85 Milliarden Dollar, die Israels bei 20 Milliarden. Es war nicht der Iran, sondern die arabischen Staaten, die Israel 1948, 1967 und 1973 seit dessen Gründung angegriffen haben. Die libanesische Hisbollah und die jemenitischen Huthis genießen zwar beschränkte iranische Unterstützung, sind aber eigenständige Organisationen und nicht im Entferntesten in der Lage, die Existenz Israels oder Saudi-Arabiens zu gefährden, auch wenn dafür weitere sechs Milliarden Dollar ausgegeben werden.

Nicht der Iran, sondern die ARABISCHEN STAATEN haben Israel bisher dreimal angegriffen.

Mögliche Szenarien

Formal bleibt das Abkommen weiterhin bestehen, aber welche Entwicklungen wären nun denkbar?

- Außer Amerika halten sich alle Unterzeichner (Iran, Großbritannien, Deutschland, Russland, China und die EU) an das Abkommen. Die USA blieben somit isoliert, obwohl sie indirekte Sanktionen auf Unternehmen, die mit dem Iran Geschäfte machen, verhängen. Ein derartiges Szenario ist aber eher unwahrscheinlich, weil die europäischen Staaten dem

Druck nicht standhalten können. Die Wirtschaftsbeziehungen Europas mit den USA sind unter Einrechnung der Öl- und Gasexporte um das Dreißigfache höher als mit dem Iran. Die USA haben außerdem Einfluss auf das Finanzsystem.

- Einzelne Staaten der EU geben dem Druck der USA nach und brechen die europäische Einheit somit auf. Das könnten einige osteuropäische Regierungen sein. Aber auch der JCPOA-Unterzeichner Großbritannien, der nach dem Brexit dringend seine Beziehungen mit den USA verbessern will und ein bilaterales Freihandelsabkommen anstrebt, könnte schnell ausscheren. Der Iran nimmt sein Nuklearprogramm, wie es vor dem Abkommen bestanden hat, wieder auf. Israel sieht darin den Beweis, dass der Iran ein Nuklearwaffenprogramm verfolgt und drängt die USA auf einen Militärschlag.
- Die EU widersteht den US-Sanktionen mit Abwehrregelungen, die Unternehmen, die Geschäfte mit dem Iran machen, schützen sollen. Diese Abwehrregelungen wurden in den 90er-Jahren erfunden, um indirekte Sanktionen der USA bei geschäftlichen Beziehungen europäischer Unternehmen mit Kuba, Libyen oder dem Iran zu umgehen. Sie wurden aber nie implementiert. Dazu sind aber auch Kompensationen für solche Unternehmen notwendig, die von den US-Sanktionen betroffen sind. Das kann die EU aber wahrscheinlich nur für eine gewisse Periode durchhalten, idealerweise bis zu den nächsten US-Präsidentenwahlen. In diesem Szenario gilt, dass Politik und Diplomatie dem wirtschaftlichen Druck der USA wider-



Quelle: ATTA KENARE / Getty Images

Im Rahmen des Wiener Abkommens werden Firmen im Iran wie hier die Schwerwasser-Fabrik in Arak von Inspektoren untersucht.

stehen und sich Spielraum gegenüber den wirtschaftlichen Sanktionen verschaffen. Allerdings steht der Iran innenpolitisch unter Druck. Arbeitslosigkeit und eine dramatisch sinkende Wirtschaftsleistung können zu Massendemonstrationen führen.

Trumps Gesprächsangebot

Ende Juli 2018 bot US-Präsident Trump Teheran ein Treffen „ohne Vorbedingungen“ an. Damit hat er wieder demonstriert, dass er es anders machen will als seine Vorgänger. Seit der iranischen Revolution gab es keine Treffen zwischen einem iranischen Präsidenten und einem US-Präsidenten.

Trump könnte aber glauben, dass ihm Militärschläge bei den kommenden Wahlen helfen. Er könnte auch hoffen, falls die Republikaner im Repräsentantenhaus und im Senat die Mehrheit verlieren, so einem Amtsenthebungsverfahren zu entgehen.

Am 13. August hat der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei gekontert, es werde weder Krieg noch Verhandlungen geben. Er schloss Gespräche mit den USA aber nicht prinzipiell aus, auch wenn er hinzufügte, dass sie „gegenwärtig“ für den Iran schädlich und mit der „gegenwärtigen und unehrlichen“ Administration nicht möglich seien.

Für den Iran wären Gespräche unter bestimmten Bedingungen aber vorteilhaft. Teheran verfügt über ausgezeichnete Verhandlungsqualitäten und könnte so Vorteile für den Iran erreichen. Wenn Trump das Gefühl hat, auch etwas gewonnen zu haben, könnte das Abkommen gerettet werden. Ohne die USA jedenfalls können die Europäer den Vertrag langfristig nicht halten. Die Europäer werden die transatlantischen Beziehungen bestimmt nicht wegen des Irans aufgeben. Gespräche zwischen Teheran und den USA würden Europa entlasten.

Washington strebt aber letztlich eher einen Regimewechsel in Teheran an und stellt deswegen immer neue, für den Iran unerfüllbare Bedingungen. Trump selbst könnte sich aber mit einem erfolgreichen Gesprächsergebnis zufriedengeben, das ihn bei seinen Wählern als guten „Dealmaker“ erscheinen lässt.

Auf alle Fälle ginge der Iran mit seiner bisherigen Vertragstreue als moralischer Sieger in die Gespräche.

Der Iran

Der Iran hat Europa eine Liste von Forderungen vorgelegt, damit er in der Vereinbarung bleibt. Sie beinhalten die Aufrechterhaltung seiner Ölexporte und die Sicherung der Handelsbeziehungen. Das Raketenprogramm sollte unangestastet bleiben. Damit Europa den Iran unterstützt, muss dieser zeigen, dass sein Nuklearprogramm tatsächlich friedlich bleibt, um die Bedenken bezüglich seines Raketenprogramms zu zerstreuen. Dies sollte jedoch keinesfalls in das Wiener Nuklearabkommen gepackt werden, wie Trump es fordert.

Der Iran muss zeigen, dass sein Nuklearprogramm **FRIEDLICH bleibt.**

Regionale Rüstungskontrolle

Der Iran betrachtet sein Raketenprogramm als defensiv und verweist darauf, dass er während des Krieges gegen den Irak in den 80er-Jahren schutzlos gewesen sei. Gleichzeitig betont er, dass er sich vom Raketenprogramm der Nach-

barstaaten bedroht fühlt. Die Raketen Saudi-Arabiens haben größere Reichweite als die des Iran, ganz zu schweigen von denen Israels. So gesehen könnte der Iran regionale Rüstungskontrollverhandlungen vorschlagen, welche die Obergrenzen von Reichweite und Anzahl der Raketen beschränken. Diese könnten vorerst ohne Israel beginnen und im Rahmen des vom iranischen Außenminister Javad Zarif vorgeschlagenen „Regionalen Dialogforum“ im Persischen Golf stattfinden.⁴ Sie könnten auch vertrauensbildende Maßnahmen wie den Verzicht auf die Anwendung und Androhung von Gewalt und die friedliche Konfliktbeilegung einschließen. Davon bliebe der JCPOA unberührt und er müsste nicht mit Zusätzen versehen werden. Die USA hätten zudem die Garantie, dass der Iran keine Langstreckenrakete (ICBM) entwickelt, die ihr Territorium erreichen könnte. Diese potenziellen Abkommen müssten aber durch eine internationale Organisation überwacht werden, welche dann Zugang zu gewissen konventionellen Rüstungsprogrammen der betreffenden Länder hätte. Kein Staat der Welt öffnet allerdings alle seine militärischen Anlagen. Die USA müssten auch ihre Rüstungsverkäufe an die arabischen Staaten entsprechend einschränken und der Iran sollte vor allem dem Raketentechnologiekontrollregime (MTCR), das die Proliferation von Raketen beschränkt, und dem damit in Verbindung stehenden Haager Verhaltenskodex beitreten.

Nuklearer Teststoppvertrag und Konventionen über nukleare Sicherheit

Für den Iran wäre es keine zusätzliche Belastung, den umfassenden nuklearen Teststoppvertrag (CBT) zu ratifizieren,

weil ihm das Testen von Nuklearwaffen im JCPOA ohnehin untersagt ist. Er wäre dann einer der 44 Annex-2-Staaten, deren Unterschrift und Ratifikation notwendig sind, damit der Vertrag in Kraft treten kann. Der Iran kann damit eine Reihe von Konventionen über nukleare Sicherheit, nuklearen Terrorismus und den physischen Schutz von nuklearem Material unterzeichnen.

Nuklearwaffenfreie Zone und Nuklearwaffenverbot

Die nuklearwaffenfreie Zone im Mittleren Osten ist seit Jahrzehnten blockiert, weil sie Israel zum primären Ziel hat. An dieser Frage ist die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages 2015 gescheitert. Teheran könnte nun aber ankündigen, der nuklearwaffenfreien Zone in Zentralasien (Semipalatinisk) beizutreten, wenn die USA im Gegenzug diesen Vertrag ratifizieren, was die Verpflichtung einschließt, die Mitglieder dieser Zone nicht nuklear zu bedrohen. Das wäre für den Iran kein großer Aufwand, denn er hatte sich doch selbst im Wiener Nuklearabkommen bereits für nuklearwaffenfrei erklärt. Mit Zentralasien hat der Iran historisch und kulturell ohnehin mehr gemeinsam als mit den arabischen Nachbarstaaten. Damit nun Saudi-Arabien nicht ein Nuklearwaffenstaat wird, könnten die USA ihren Partner dazu drängen, sich der nuklearwaffenfreien Zone Afrika (Pelindaba) anzuschließen. Dieser nuklearwaffenfreie Gürtel von Kasachstan bis Nordafrika würde Israels Sicherheit stark erhöhen und somit auch die Begründung seiner Nuklearwaffen schwächen. Langfristig könnte dieser Gürtel nach dem Nordosten um die Mongolei, die schon nuklearwaffenfrei ist, verlängert werden. Der Einschluss des schma-

len russisch-chinesischen Streifens zwischen der Mongolei und Kasachstan dürfte kein Problem sein.

Der Iran war ein aktiver Unterstützer des Vertrages über das Verbot von Nuklearwaffen, der im Juli 2017 von 122 Staaten bei einer Konferenz der Vereinten Nationen angenommen wurde. Er würde seine Glaubwürdigkeit in dieser Gruppe verlieren, sollte er wieder mit der Produktion von Nuklearwaffen kokettieren oder gar beginnen. Umgekehrt würde Teheran normativ-moralische Anerkennung durch die nuklearwaffenfreie Welt gewinnen. Nuklearwaffenfreie Zonen und Rüstungskontrolle sind letztlich die besseren Lösungen als Nuklearwaffen und Krieg.

Mit dem Beitritt zur nuklearfreien Zone und Rüstungskontrollen kann der Iran seine **GLAUBWÜRDIGKEIT stärken.**

Das Kriegsszenario

Ein Scheitern des JCPOA könnte zu einer Situation wie vor dessen Abschluss führen. Sanktionen sollten das Regime zum Einlenken bewegen und auch die militärische Option gegen den Iran hielt sich die Obama-Administration offen. Dafür definierte sie auch eine rote Linie: den tatsächlichen Bau der Bombe sowie die Schließung der Straße von Hormus durch den Iran. Teheran hatte immer wieder angedroht, diese im Falle eines Embargos über seine Ölexporte zu blockieren. Die USA erhöhten daraufhin ihre Militärpräsenz im Persischen Golf

und warnten Teheran vor einer Blockade der Schiffroute. Der israelische Ministerpräsident Netanjahu sprach von einer Wahrscheinlichkeit von 50 %, dass Israel den Iran angreifen könnte.⁵

Ein Szenario nach dem Scheitern des JCPOA könnte also etwa so aussehen: Nachdem die USA das Abkommen verlassen haben, reagieren die Europäer aus Angst vor amerikanischen Sanktionen lediglich mit rhetorischem Widerstand. Der Iran fährt nach einer gewissen Zeit, in der er den USA Vertragsbruch vorwirft und weil weitere Sanktionen verhängt werden, sein heruntergefahrenes Nuklearprogramm wieder hoch. Israel sieht das als Beweis dafür, dass Teheran schon immer die Bombe wollte und drängt die USA zur Militärintervention. Nachdem die USA aufgerufen hatten, den iranischen Ölexport weltweit zu boykottieren, hatte der Iran ja gedroht, die Straße von Hormus zu sperren. Ein dortiger Zwischenfall, z. B. zwischen einem iranischen Schnellboot und einem amerikanischen Kriegsschiff, könnte nun der Anlass für eine Militärintervention sein. Das wäre eine negative Analogie dazu, als sich das extrem energieimportabhängige Japan 1941 wegen des Ölembargos der USA zum Angriff auf Pearl Harbour hinreißen ließ.

Ein anderer Anlass könnte eine dem Iran zugeschriebene Rakete, die von Syrien aus im Norden Israels einschlägt, sein. Das ist der vielzitierte Plan B mit der Hoffnung auf den Sturz des derzeitigen Regimes im Iran mit Hilfe der Opposition. Das Gegenteil könnte aber eintreten und die Gegner des Abkommens im Iran würden gestärkt. Vorboten für ein derartiges Szenario gibt es bereits. Im Mai 2018 erfolgten israelische Militärangriffe auf angebliche iranische Raketenstellungen im Süden Syriens und

im Umkreis von Damaskus. Ende Juni folgten Angriffe auf Ziele in der Nähe der irakischen Grenze im Osten Syriens.⁶ Einer Studie der Universität Stanford zufolge würde auch eine deutliche Mehrheit der Amerikaner den Einsatz von Nuklearwaffen und bis zu zwei Millionen iranischer Opfer akzeptieren. Die Situation wird analog zu den Atombombenabwürfen auf Japan 1945 gesehen.⁷ Solche Daten könnten eine Administration durchaus ermutigen, Anlässe für eine militärische Aktion zu finden.

Laut einer Studie der Universität Stanford würde eine Mehrheit der Amerikaner den Einsatz von NUKLEARWAFFEN akzeptieren.

Isolation oder Engagement

Wenn ein Kriegsszenario vermieden werden kann, wird sich der Iran im internationalen System neu positionieren müssen. Die noch von US-Präsident Obama angestrebte Engagement-Politik dürfte auf lange Zeit gescheitert sein. Das Vertrauen Teherans gegenüber Washington ist ebenfalls nachhaltig gestört. Auch könnte der Iran versuchen, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen künftig zu umgehen, weil die USA die völkerrechtlich bindende Resolution 2231 ohne Konsequenzen verletzt haben.

Teheran könnte weiter versuchen, seine Beziehungen mit Russland und China zu festigen. Die neuerlichen Sanktionen werden vor allem Irans Öl-

und Gassektor treffen. Dennoch können weder Russland noch China wollen, dass mit dem Iran eine neue Nuklearwaffenmacht entstünde. Sie haben aber auch kein Interesse daran, dass der Iran politisch und wirtschaftlich isoliert wird, da dies ihre Beziehungen zum Iran erschweren würde. Das betrifft insbesondere das Finanzsystem.⁸

Russland ist ja wegen der Besetzung der Krim 2014 selbst Ziel von US-Sanktionen und chinesische Firmen und Banken werden von den neuen US-Sanktionen nach der Aufkündigung des JCPOA durch die USA betroffen sein. Deshalb werden sich Russland und China dagegen wehren, auch, um dem amerikanischen hegemonialen Verhalten mehr entgegen zu treten.⁹ Angaben iranischer Quellen, dass Russland nach der Ankündigung der USA, ein totales Embargo über den iranischen Öl- und Gasexport zu verhängen, im Juli 2018 zugesagt hat, 50 Milliarden Dollar in die iranische Öl- und Gasindustrie zu investieren, sind nicht bestätigt. Beim Gipfeltreffen im Juli 2018 mit US-Präsident Trump hielt Putin am Nuklearabkommen mit dem Iran fest. Beide Präsidenten stimmten aber überein, dass von Syrien aus keine Bedrohung gegen Israel ausgehen darf, was sich auf die Präsenz von iranischen Milizen in Syrien bezog. Ob damit ein Stillhalten Russlands im Falle einer militärischen Intervention der USA und Israels verbunden war, ist nicht klar.

Die Beziehungen zwischen Russland, China und dem Iran werden aber auch an ihre Grenzen stoßen. Russland wird auf dem Weltmarkt die Öl- und Gasexporte des Iran ersetzen und vom höheren Ölpreis profitieren. Wenn es dem Iran aber gelingt, trotz des Aufrufes der USA nach einem internationalen Ölembargo

gegen Teheran, einen Teil des Öls zu exportieren, könnte sich dieser auch den höheren Ölpreis zunutze machen. Aber nicht nur die USA und Israel wollen Irans Einfluss in Syrien zurückdrängen, auch für Russland kann mit dem Iran in der Region eine Konkurrenz erwachsen. China würde zwar auch unter einem höheren Ölpreis leiden, da es auf Energieimporte angewiesen ist, wird aber die Energieimporte aus dem Iran reduzieren, wenn dieser destabilisiert wird oder sich nicht mehr an die Bedingungen des JCPOA hält. Auch China könnte Zugeständnisse machen, um die Strafzölle der USA abzumildern.

**Russland und China wollen
keine politische und wirtschaftliche
ISOLIERUNG des Iran.**

Die Geschichte hat gezeigt, dass eine derartige Isolation eine extrem destabilisierende Wirkung hat und Engagement hingegen stabilisierend wirkt. Beispiele dafür sind die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und die nach Ende des Kalten Krieges. Wenn Europa es nicht schafft, dem Iran ein Auffangnetz zu bieten, und Teheran aber auch nicht bereit ist, Zugeständnisse über die Einhaltung des Wiener Abkommens zu machen, wird der Iran in eine Isolation gedrängt, die militante und illiberale Kräfte dort stärken wird. Studien der Universitäten Memphis und Missouri kamen zu dem Ergebnis, dass Sanktionen in den von ihnen betroffenen Ländern

nicht nur entscheidend zum Verfall von Menschenrechten beitragen, sondern auch autoritäre Tendenzen stärken und demokratische schwächen.¹⁰ Die Mittelklasse, die von wirtschaftlicher und politischer Öffnung profitiert, würde verlieren. 60 % der gebildeten Arbeitskräfte im Iran arbeiten für die Regierung und drei Millionen beziehen Pensionen vom Staat.¹¹

Das Argument, dass verschärfter Druck eine liberale Opposition fördern würde, ist auch historisch falsch. Im Gegenteil, die Iraner haben 1997 den liberalen Mohammed Khatami gewählt, bevor es zu den verschärften Sanktionen kam. Unabhängig von diesen unterzeichneten die EU-3 (Frankreich, Großbritannien und Deutschland) gegen den heftigen Widerstand der USA 2003 das erste Nuklearabkommen mit Teheran. Das Nuklearabkommen von 2015 wurde nicht wegen der Sanktionen möglich, sondern weil der Reformler Hassan Rohani zum Präsidenten gewählt wurde. Alle Sanktionen, die über den Iran seit 1979 verhängt wurden, haben nicht zu politischen Verhaltensänderungen geführt.

Ausblick

Nach der Aufkündigung des JCPOA durch die USA sehen selbst die stärksten Regierungskritiker im und außerhalb des Iran, dass die Sanktionen nicht erneut aufgelegt werden, weil Teheran das Nuklearabkommen verletzt hatte, sondern ganz im Gegenteil die USA. Das könnte die moralisch-normative Glaubwürdigkeit des Iran erhöhen. Die grundsätzlich proamerikanisch eingestellte Jugend im Iran wird aber antiamerikanischer werden.

Wenn die EU ebenfalls den JCPOA verlässt, wird nicht nur die Ver-

tragstreue der USA, sondern auch die der Europäischen Gemeinschaft nachhaltig beschädigt. Ebenso wird die Glaubwürdigkeit des Völkerrechtes leiden, wenn die Resolution des UN-Sicherheitsrates 2231 ignoriert wird. Die Proliferation von Nuklearwaffen wird dramatisch erhöht und der Atomwaffensperrvertrag weiter geschwächt. Wenn der JCPOA kollabiert, werden die Europäer ihren Einfluss im Iran verlieren und nur Russland und China werden für Teheran als Alternativen und Schutz gegen die USA übrigbleiben.¹²

Schon im Krieg gegen den Irak mussten die USA einsehen, dass ihre Fantasie eines liberalen, demokratischen Irak durch ihre eigenen Sanktionen zerstört wurde. Jetzt entwickelt eine neue republikanische US-Regierung mit teilweise denselben Mitgliedern die gleichen Pläne für den Iran. Die Inspektoren im Land störten die Kriegsbefürworter damals wie heute.

**Die USA machen im Iran denselben
FEHLER wie damals im Irak.**

Ein Ausstieg des Iran aus dem Abkommen würde die Bedingungen für eine Militärintervention schaffen. 2003 versuchten zum Teil dieselben Europäer – vergeblich – US-Präsident George W. Bush davon abzuhalten, den Irak zu zerstören. ///



**/// UNIV-PROF. I.R DR.
HEINZ GÄRTNER**

ist am Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP) und am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien tätig.

Anmerkungen

- ¹ Brussels Summit Declaration, issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Brussels 11./12.6.2018.
- ² Entous, Adam: Donald Trump's New World Order, in: The New Yorker, 18.6.2018.
- ³ US-Verteidigungsministerium in: Nuclear Posture Review 33, Februar 2018.
- ⁴ Zarif, Javad: US Foreign Policy in Crisis, in: Teheran Times, 22.6.2018.
- ⁵ Goldberg, Jeffrey: Interview mit Premierminister Benjamin Netanyahu, in: The Atlantic, 10.9.2010.
- ⁶ Harel, Amos: Israel's Alleged Strike on Syria-Iraq Border Signals That the World's Getting Ready to Act Against Iran, Haaretz, 21.6.2018.
- ⁷ Sagan, Scott D. / Valentino, Benjamin A.: Revisiting Hiroshima in Iran: What Americans Really Think about Using Nuclear Weapons and Killing Noncombatants, in: International Security 42/1, 2017, S. 41-79.
- ⁸ Esfandiary, Dina / Tabatabai, Ariane: Triple Axis: Iran's relations with Russia and China, London / New York 2018, S. 188 f.
- ⁹ Ebd., S. 189 f.
- ¹⁰ Better or Worse? The Effect of Economic Sanctions on Human Rights, in: Journal of Peace Research, Januar 2009; Peksen, Dursun / Cooper, Drury: Coercive or Corrosive: The Negative Impact of Economic Sanctions on Democracy, in: International Interactions 36/3, 2010.
- ¹¹ Zahirinejad, Mahnaz: The Effects of Sanctions on Iran's Economy, Paper presented at the conference "Iran in the International System", International Institute for Peace (IIP), Wien, 14.6.2018.
- ¹² Esfandiary / Tabatabai: Triple Axis, S. 188 f.